

Lohmann, Joachim

Schulbildung allein versagt gegen Wirtschafts-, gegen Demokratiekrise.

Langfristig: ein Studium für alle

2026, 18 S.



Quellenangabe/ Reference:

Lohmann, Joachim: Schulbildung allein versagt gegen Wirtschafts-, gegen Demokratiekrise. Langfristig: ein Studium für alle. 2026, 18 S. - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-356720 - DOI: 10.25656/01:35672

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-356720>

<https://doi.org/10.25656/01:35672>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

Schulbildung allein versagt gegen Wirtschafts-, gegen Demokratie-
krise

Langfristig: ein Studium für alle

Joachim Lohmann

2026

Inhalt

Abstract.....	3
1. Kurze Bildung: Unzureichende Produktivität	3
1.1 Ein Wirtschaftsaufbruch erfordert mehr Aus - und Fortbildung.....	3
1.2 <i>Gesundheitsreform: Gesundheitsfachberufe akademisieren</i>	4
2. Kurze Bildung verletzt die Menschenwürde	5
2.1 Kein Sekundarabschluss II deklassiert gesellschaftlich.....	5
2.2 Ohne Sekundarabschluss II ist man stark armutsgefährdet.....	5
2.3 Kaum Zukunft ohne und selbst mit Sekundarabschluss II	6
2.4 Kurze Bildung führt größtenteils zu politischer Apathie.....	6
2.5 Kurze Bildungsstatus diskriminiert gesellschaftlich sowie individuell	7
2.5.1 Die „Gesellschaft“ ist weitgehend noch Privileg der Akademiker.....	7
2.5.2 Bildungsdiskriminierung in der Weiterbildung	7
2.5.3 Gesundheit ist bildungsabhängig.....	8
3. Kurze Bildungszeit ist demokratiebedrohend	8
3.1 Die Demokratiekrise ist global.....	8
3.2 Selbst in Deutschland ist die Demokratie gefährdet	8
3.3 AfD-Wähler haben keinen niederen Sozial-, aber geringen Bildungsstatus.....	9
3.4 <i>Niederer Bildungsstatus bewirkt überwiegend Politikverdrossenheit</i>	9
4. Längere Bildung für alle ist unumgänglich	10
4.1 <i>Die Schwächen des Bildungsgefälles sind keine nationalen, es sind globale</i>	10
4.2 <i>Die Diskriminierung durch den Bildungsstatus ist dramatisch</i>	11
4.3 <i>Hohe Qualifikation ist grundsätzlich für alle möglich</i>	11
4.4 <i>Bildung überwindet den Pessimismus, überwindet dessen Grenzen</i>	11
4.5 Ein Sekundarabschluss II für alle ist auch in Deutschland realisierbar	12
4.6 Auch ein Studium für grundsätzlich alle wird kommen	13
4.6.1 Deutschland wird von Spitzenreitern deklassiert.....	13
5. Die bildungspolitische Nachhut Deutschlands schrittweise überwinden.....	14
5.1 Die Diskriminierungen der Sekundarstufe I schrittweise aufheben.....	14
5.2 Schrittweise das Schisma der Sekundarstufe II beseitigen.....	15
Literatur	16

Abstract

Die Teilung der Gesellschaft in Bildungsschichten wirkt sich verheerend auf die Einstellung zur Arbeit, zur Demokratie, für eine würdige Lebensführung aus. Das gilt in erschütterndem Maße für die Abgänger ohne Sekundarstufe-II-Abschluss, es ist deprimierend selbst für die Absolventen, deren Ausbildung mit einem Sekundarstufen-JJ-Abschluss endete. Nur die Hochschulabsolventen überzeugen weitestgehend mit ihrer Haltung zu Arbeit, Demokratie und individuellen Leben.

Auch wenn der Weg lang ist, die Gesellschaft braucht ein Studium für grundsätzlich alle, um der Wirtschaft zu fördern, die Demokratie zu stabilisieren und würdiges Leben zu sichern. Ein in der Vergangenheit für unvorstellbar geltendes Studium der Mehrheit ist erreicht, ein Hochschulstudium für grundsätzlich alle lässt sich entwickeln. Vergleichbare Länder sind in der Überwindung der Bildungsschichtung weiter.

1. Kurze Bildung: Unzureichende Produktivität

Ein Wirtschaftsaufbruch gelingt nicht allein durch Deregulierung, Innovation, Investitionen, Haushaltssanierung und KI – auch die Demografie belastet den Arbeitsmarkt. Quantitativ wie erst recht qualitativ steigen die Anforderungen an die Erwerbspersonen; der Wirtschaftsaufbruch verlangt die Anhebung der Aus- und Fortbildung.

1.1 Ein Wirtschaftsaufbruch erfordert mehr Aus- und Fortbildung

Deutschlands Wirtschaft ist angeknackst; wirtschaftlich muss sich Deutschland teils neu erfinden: neue Produkte, Dienste, Verfahren. Die Berufoanforderungen werden im Schnitt steigen, erheblich steigen.

Ökonomisch erlebt Deutschland eine Polykrise: Die Krise der Energie, des Handels und der Aufstieg der dritten Welt (China). Hinzu kommt die technische Revolution mit KI.

Schon jetzt wird Deutschlands Aufschwung erschwert, verlangsamt durch Qualitätsengpässe. So stellt der DIHT [3] fest:

„Zusätzlich zu den Herausforderungen durch Strukturwandel, hohe Kosten, internationalen Handel und wirtschaftspolitische Risiken erschweren somit diese Besetzungsschwierigkeiten die Geschäfte. Diese Engpässe betreffen oftmals höhere Qualifikationen für Schlüsselpositionen mit Blick auf Zukunftstechnologien bei alternativen Antrieben, innovativen Softwarelösungen und IT-naher Fahrzeugentwicklung, während traditionelle Tätigkeiten in der Fertigung weniger gefragt sind.“ (DIHK, S. 9)

Hohe Qualitätsanforderungen bestehen nicht nur im Technikbereich, sondern inzwischen selbst bei Handel und Dienstleistungen:

„Ebenfalls kann eine Rolle spielen, dass Unternehmen weniger, aber dafür sehr spezialisierte IT-Fachkräfte suchen und IT-Standardanwendungen mehr und mehr von Künstlicher Intelligenz (KI) übernommen werden.“ (DIHT S. 10).

Wegen der demografischen Entwicklung kann Deutschland seine Wirtschaftskraft und Sozialsysteme nicht halten – ohne Ausschöpfung seiner Arbeitskraftreserven, ohne Zuwanderung.

Die Demografie bedroht Deutschland durch die bevorstehende Verrentung der Babyboomer und äußerst geringe ins Erwerbsleben eintretende Altersjahrgänge. Die Sozialsysteme beruhen auf dem Umlagesystem zwischen der arbeitenden Bevölkerung und den Nichterwerbstätigen. In den 60er Jahren kamen auf 1 Rentner 6 und künftig kommen nur noch 2 Erwerbstätige.

Deutschland hat Arbeitsmarktreserven. Zwar ist die Beschäftigungsquote hoch, aber sehr hoch auch der Teilzeitanteil. Vor allem Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit.

Die Bereitschaft von Müttern zu Mehrarbeit verlangt ein verbessertes öffentliches Betreuungsangebot. Das Angebot ist nicht nur quantitativ, sondern verstärkt qualitativ auszubauen.

Bei den Kitas fehlen Plätze und Ganztagsangebote für die unter 3-Jährigen. Bei den allgemeinbildenden Schulen sind inzwischen fast $\frac{3}{4}$ - zumeist offene - Ganztagschulen. Doch nur $\frac{2}{3}$ ihrer Schülerinnen und Schüler nutzen das Angebot – und das zum Teil unvollständig. Die Qualität des Angebots muss – auch um der Chancengleichheit willen - steigen. Das verlangt erhöhten Einsatz von Hochschulabsolventen - als Kindheitspädagogen in Kitas und Sozialpädagogen in Ganztagschulen.

1.2 Gesundheitsreform: Gesundheitsfachberufe akademisieren

Das Gesundheitssystem ist überlastet, die Pflege nicht effektiv, die Kosten sehr hoch. Die Finanzkommission Gesundheit hat 66 Vorschläge zur Gesundheitsreform gemacht [8]; aber die Bedeutung der Ausbildung im Gegensatz zum Wissenschaftsrat übersehen. Doch die Akademisierung und die Delegation ärztlicher Handlungen auf die Gesundheitsfachberufe verbessern die Effektivität und senken die Kosten des Gesundheitssystems.

Die Kosten des deutschen Sozialsystems sind sehr hoch; sie gehören mit einem Anteil von fast 30 % am Bruttoinlandsprodukt zu den teuersten innerhalb Europas. Seine Finanzierung beruht auf dem Generationenvertrag, der Umlage der Beitragszahler und Gesunden zugunsten der Rentner und Kranken. Dieses ist ohne Reformen nicht zukunftsfähig: Sehr schwache Jahrgänge treten ins Erwerbsleben ein, sehr starke Jahrgänge - die Babyboomer - gehen in Rente und die Rentner leben länger.

Mit einer akademischen Ausbildung können die Gesundheitsfachberufe

- die Klinik - wie die niedergelassenen Ärzte entlasten,
- den Ärztemangel überwinden,
- die Prophylaxe und die Rehabilitation selbst für die Pflegebedürftigen verbessern sowie

- die Kosten des Gesundheits - und Pflegebereichs reduzieren.

Aus den genannten Gründen empfiehlt der Wissenschaftsrat:

„Der Wissenschaftsrat empfiehlt daher, dass in komplexen Aufgabenbereichen der Pflege, der Therapieberufe und der Geburtshilfe tätige Fachpersonal künftig an Hochschulen auszubilden.“ ([22] S. 8).

Inzwischen werden in Deutschland akademische Studiengänge für das Gesundheitsfachpersonal errichtet, für Hebammen ist die akademische Ausbildung mittlerweile Pflicht. Deutschland steigt damit in eine Entwicklung ein, die in den meisten europäischen Ländern längst abgeschlossen ist: die Akademisierung der Gesundheitsfachberufe.

2. Kurze Bildung verletzt die Menschenwürde

Das Grundgesetz verpflichtet jede staatliche Einrichtung, die Würde des Menschen zu schützen. Sie wird verletzt für Menschen **ohne** Sekundarabschluss II und gefährdet selbst Menschen **mit** dem Sekundarabschluss II.

Die überzeugendsten Analysen zur Bedeutung des Bildungsstatus stammen von der Europäischen Sozialstudie (ESS) [7] und dem International Social Survey Programm (ISSP) [14].

Diese Studien analysieren die 25 -64 -Jährigen nach drei Bildungsstufen

- Kein Sekundarabschluss II = ohne und mit Hauptschulabschluss, Realschulabschluss
- Sekundarabschluss II = duale und schulische Berufsausbildung, Abitur
- Abschluss Tertiärbereich = Hochschulabschluss

2.1 Kein Sekundarabschluss II deklariert gesellschaftlich

Jeder sechste 25 -34 -Jährige in Deutschland hat keinen Sekundarabschluss II – mehr als im OECD - Durchschnitt. Die meisten Absolventen ohne diesen Abschluss sind deklariert. Sie sind bloßgestellt nicht nur wirtschaftlich, sondern auch gesellschaftlich, politisch und sogar privat. Gefährdet sind aber auch Absolventen mit dem Sekundarabschluss II; sie bilden fast die Hälfte unter den 25 -34 -Jährigen, wieder überdurchschnittlich viele innerhalb der OECD [19].

2.2 Ohne Sekundarabschluss II ist man stark armutsgefährdet

Von den 25 -64 -jährigen Voll - und Teilzeitbeschäftigten ohne Sekundarabschluss II lebt fast die Hälfte (43 %) in absoluter Armut. Als arm gilt jemand, der höchstens 60%, als absolut arm jemand der höchstens 50 % des Durchschnittseinkommens (Median) verdient. Abgesehen von Norwegen gibt es kein OECD -Land, in dem ein so großer Anteil der Erwerbstätigen ohne Sekundarabschluss II in Armut lebt.

Doch absolut arm sind nicht nur die genannten 43 %. Unter die Armutsgrenze fallen auch viele der Erwerbslosen und der Nichterwerbstätigen. Betroffen sind wiederum weit überdurchschnittlich viele Personen ohne Sekundarabschluss II. Gegenüber Hochschulabsolventen sind sie 3 -mal so häufig erwerbslos und 4 -mal so oft nichterwerbstätig. ([19] 2024, T A4.1 T A4.2; T A3.3).

Doch Personen ohne Sekundarabschluss II sind im Erwerbsleben nicht nur sozial gefährdet, sondern auch beruflich benachteiligt. Ihre Arbeitszeit ist fast nicht flexibel; und ihr Arbeitseinkommen verbessert sich auf Grund ihrer Berufserfahrung nur gering.

Mit 20 -jähriger Berufserfahrung schafft ein Ausbildungsloser (ohne Sekundarabschluss II) gegenüber einem Ausgebildeten (Sekundarabschluss II) nur eine relative Gehaltsverbesserung von 10 %, dagegen ein Hochschulabsolvent von 30 %. Der Berufsstatus eines Ausbildungslosen ist so gut wie festgeschrieben ([19] 2024, T A4.1).

Ein Bildungssystem, das jeden 2. Berufstätigen ohne Sekundarabschluss II in absolute Armut stößt, verletzt die Menschenwürde.

2.3 Kaum Zukunft ohne und selbst mit Sekundarabschluss II

Die Sekundarstufen -II -Absolventen sind gut ins Erwerbsleben integriert, doch selbst ihnen fehlt Zukunft jetzt und erst recht künftig.

Zwar ist nur jeder Sechste von ihnen - den Facharbeitern und Abiturienten –nicht beschäftigt, fast so wenig wie bei den Hochschulabsolventen. Doch das Einkommen von Sekundarstufen - II -Absolventen ist schwach; 2/3 verdienen unterdurchschnittlich (unter dem Median), jeder 5. lebt in Armut. Relativ gegenüber den anderen Bildungsstatus steigen sie mit längerer Berufstätigkeit ab, während es die Akademiker mehr als verdoppeln ([19] 2024, T A4.1 T A4.2; T A3.3).

Noch kritischer wird es für die Sekundarstufen -II -Absolventen künftig. Der Wirtschaftsaufstieg Chinas, der Handelskrieg und die IT -Revolution wälzen den Arbeitsmarkt um. Sowohl die formale als auch die nicht -formale Weiterbildung findet für die Ausbildungslosen nicht und für die Ausgebildeten nur minimal statt ([19] 2022 T A 7.2 und T A 7.3).

Der Status der Sekundarstufen -II -Absolventen ist schwach und gefährdet.

2.4 Kurze Bildung führt größtenteils zu politischer Apathie

Absolventen mit und erst recht ohne Sekundarabschluss sind gesichert durch ein Sozialsystem. Mindestlohn, Arbeitslosengeld, Gesundheit, Rente, Pflege hängt für sie massiv von dem Sozialsystem ab. Obwohl am stärksten von der Politik abhängig, sind sie politisch überwiegend desinteressiert: sie verraten ihre Interessen.

Von den Abgängern ohne Sekundarabschluss II:

- sind 60 % politisch nicht interessiert,
- mehr als 60 % sehen keine Chance, politisch mitzuwirken;
- 30 % sind anfällig für Verschwörungstheorien, für sie sind die Wahlen in Deutschland nicht frei und gerecht.

Auch die politische Einstellung der Absolventen mit Sekundarabschluss II ist erschütternd:

- 40 % sind politisch desinteressiert,
- 50 % erkennen keine politische Mitsprachemöglichkeiten.
- 20 % hängen Verschwörungstheorien an.

Doch das deutsche Bildungssystem kann demokratische Erziehung schaffen - nicht hundertprozentig, aber erfreulich: Bei den Hochschulabsolventen, gerade bei denen, die am wenigsten auf das Sozialsystem, auf die Politik angewiesen sind:

- sind 80 % politisch interessiert,
- 60 % sehen Mitsprachemöglichkeiten
- 85 % halten Wahl für frei und gerecht. ([19] 2020, T A6.3; 2023, T A6.1).

2.5 Kurze Bildungsstatus diskriminiert gesellschaftlich sowie individuell

Kurze Bildungszeit wirkt sich nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich und selbst individuell aus. Dies gilt nicht generell, aber im Schnitt: Es schränkt den Lebensraum ein.

2.5.1 Die „Gesellschaft“ ist weitgehend noch Privileg der Akademiker

Akademiker nehmen selbstverständlich an Gesellschaft, an Kultur teil; niedrigere Bildung dagegen deutlich seltener.

Die intensivste Form gesellschaftlicher Teilhabe ist die Wahrnehmung von Ehrenämtern. Sie wird wahrgenommen von:

- nicht einmal 1/6 der Abgänger ohne Sekundarabschluss II
- nur gut 1/4 der Sekundarstufen -II -Absolventen
- gut 1/3 der Hochschulabsolventen ([19] 2019, T A 6.1).

Selbst die Teilnahme an Kultur - einschließlich Sportveranstaltungen - ist sozialabhängig; es nehmen teil:

- nur 50 % der Ausbildungslosen,
- gut 75 % der Sekundar-II -Absolventen,
- über 90 % der Hochschulabsolventen.

2.5.2 Bildungsdiskriminierung in der Weiterbildung

Die Teilnahme an Fort - und Weiterbildung ist in einer Gesellschaft und Welt in so rasantem Wandel eine Pflicht für jeden, der beruflich wie gesellschaftspolitisch und selbst individuell dazugehören will.

Doch Fort - und Weiterbildung sind in Deutschland in einem jämmerlichen Zustand. Trotz dieses Zustandes sind sie dann auch sozial tief gespalten.

An der nicht -formalen Weiterbildung (also ohne Abschlüsse) beteiligen sich:

- 2 % der Erwachsenen ohne Sekundarabschluss II,
- 3 % der Sekundarabschluss -II -Absolventen,
- 8 % der Akademiker.

Noch krasser sozialgeschichtet ist die Teilhabe an der formalen Weiterbildung. An ihr nehmen sowieso fast ausschließlich 25 -29 -Jährige teil und das sozial diskriminierend:

- 0 % der Abgänger ohne Sekundarabschluss II,
- 3 % der Sekundarabschluss-II -Absolventen,

- aber 18 % der Akademiker.

2.5.3 Gesundheit ist bildungsabhängig

Noch bitterer als die gesellschaftliche ist die individuelle, die gesundheitliche Schädigung durch zu kurze Bildung. Je kürzer die Ausbildung, desto weniger sich - gesund - fühlen, desto ungesünderes Verhalten, desto kürzer im Schnitt die Lebenserwartungen.

So fühlen sich deprimiert bei ihrer psychischen Gesundheit

- 17 % der Abgänger ohne Sekundarabschluss II
- 9 % der Sekundarabschluss -II -Absolventen und
- 3 % der Akademiker ([19] 2025 T A 6.1, T A 6.2).

Auch die Lebenserwartung ist erheblich von der Ausbildungsdauer geprägt; Für einen 30 -Jährigen beträgt sie in der OECD im Schnitt noch

- 49 Jahre für Abgänger ohne Sekundarabschluss II,
- 52 Jahre für einen Sekundarabschluss -II -Absolventen und
- **54 Jahre für einen Hochschulabsolventen OECD ([19] 2021, T A 6.1).**¹.

Gründe für die Beeinträchtigung der Gesundheit durch geringe Bildung sind z. B. Umfang des Rauchens und des Übergewichts. ([19] 2025 TA 6.2; 2021 T A6.3).

3. Kurze Bildungszeit ist demokratiebedrohend

Die Demokratie ist in einer Krise – global wie national. Ihr Schutz ist die Aufgabe des Staates mit seinen Einrichtungen sowie der Gesellschaft. Das Bildungssystem ist die wirksamste Institution zur demokratischen Erziehung und zur Sicherung der Menschenrechte. Demokratisches Verhalten erreichen nicht kurze Bildungszeiten, nur längere Ausbildungszeiten schaffen es.

3.1 Die Demokratiekrise ist global

Der EIU's Democracy Index 2024 [6] bewertet die Krise der Demokratie folgendermaßen:

„Laut dem Global Democracy Index 2024 können in 167 analysierten Ländern nur 25 als "vollwertige" Demokratien betrachtet werden, während weitere 46, darunter Italien, in die Kategorie der "unvollkommenen" Demokratien fallen.... 130 Länder verzeichneten einen Rückgang (der Weltwertung) oder zeigten keine Verbesserung des Scores.“

3.2 Selbst in Deutschland ist die Demokratie gefährdet

Deutschland gilt inzwischen trotz seiner Vergangenheit als zentraler Hort der Demokratie. Dabei ist sie selbst in Deutschland bedroht. So steigt die AfD als rechtsextremistischer Verdachtsfall in Meinungsumfragen zur stärksten Partei auf; in Sachsen -Anhalt ist eine absolute Mehrheit der Sitze für die AfD nicht ausgeschlossen.

¹ Für Deutschland hat die OECD keine Daten veröffentlicht, weil der deutsche Datenschutz Vergleiche erschwert (Kroll, S.23).

Sehr gefährdet ist die Brandmauer; die AfD als Mehrheitskoalitionär ist in Sachsen -Anhalt und Mecklenburg -Vorpommern nur zu verhindern, wenn es zu einer Koalition/Tolerierung zwischen CDU/SPD und Linken kommt – eine Zerreißprobe für die CDU.

Zur Abwehr der AfD setzen die demokratischen Parteien vor allem auf gutes Regieren. Doch für Politik -Forscher Heinze und Lewandowsky ist die AfD -Wahl längst keine Protestwahl mehr (Focus). Weder mit gutem Regieren noch mit Sozialpolitik allein wird man die AfD -Wählerschaft zurückgewinnen: Politik hat die rechtlichen Möglichkeiten einschließlich des Parteiverbots auszuschöpfen und Zukunft zu vermitteln.

Selbst ein Parteiverbot reicht nicht, die Skepsis, die Apathie in der Gesellschaft bleibt. Unabdingbar ist die Bildung, ihre Aufklärung - auch wenn sie kaum kurzfristig wirkt.

3.3 AfD-Wähler haben keinen niederen Sozial-, aber geringen Bildungsstatus

Charakteristisch für AfD -Wähler ist nicht der Sozial -, es ist der Bildungsstatus.

Heinrich von Infratest Dimap kommt bei der Analyse der Bundestagswahl 2021 zu dem Ergebnis:

„Dass Wählende am unteren Ende der sozialen Leiter die AfD -Wählerschaft dominieren würden oder die AfD eine Arbeiter - oder Kleine -Leute -Partei sei, wäre allerdings ein Fehlschluss“.

Bedeutend für die AfD -Wahl ist geringer Bildungsstatus:

„Zugleich war die Partei (AfD) im September 2021 in den unteren und mittleren Bildungsgruppen vergleichsweise erfolgreich, deutlich weniger dagegen bei Wählenden mit höherem Schulabschluss.“ (Focus).

Auch für das DIW ist bei der AfD -Wählerschaft neben dem Sozial -, vor allem der Bildungsfaktor von Bedeutung. Das Institut hat das AfD -Wahlergebnis bei der Europawahl 2024 je Kreis in Abhängigkeit von Ökonomie, Sozialstruktur, Demografie und Bildungsstatus analysiert. Ergebnis: Die AfD -Quote war krass abhängig von der Abiturientenquote:

„Die AfD schneidet schlechter ab in Kreisen, in denen das durchschnittliche Einkommen und das Bildungsniveau höher sind ... Im Gegensatz dazu (Westdeutschland) sind in Ostdeutschland lediglich zwei Variablen hoch signifikant: Bildung und Demografie. Die AfD schneidet in den ostdeutschen Kreisen besser ab, in denen das Bildungsniveau niedriger und die Bevölkerung älter ist.“ ([6] S. 484).

3.4 Niederer Bildungsstatus bewirkt überwiegend Politikverdrossenheit

Für die Demokratie reicht weder **kein** noch ein **Sekundarabschluss II** aus. Politik zu verstehen, wird immer anstrengender. Einerseits wird die Politik immer abhängiger, immer universeller, andererseits wirkt sie immer tiefer in bestehende Gesellschaftsbereiche ein – wie Gesundheit und Pflege, Energie und Umwelt. Außerdem revolutioniert die KI die Wirtschaft und den Ar-

beitsmarkt. Zusätzlich werden traditionelle Gesellschaftsordnungen erschüttert - z.B. durch Kriege, Flucht und Wanderungen, und imperialistische Autokratien versuchen, die bestehende Weltordnung auszuhöhlen.

Politik zu verstehen und politisch zu handeln, verlangt deutlich mehr als zu früheren Zeiten. Doch Erwachsene mit kurzen Bildungszeiten sind überfordert. Obwohl sie am stärksten von der Politik abhängig sind, sind sie am häufigsten politisch desinteressiert. Die Mehrheit der Abgänger ohne Sekundarabschluss II (60 %) und fast die Hälfte der Absolventen mit einem Sekundarabschluss (40 %) haben politisch kein Interesse.

Noch bitterer fällt die Resignation der Bildungsschwachen aus, an Regierungsentscheidungen mitwirken zu können: Fast 2/3 der Personen ohne Sekundarabschluss II und gut die Hälfte derjenigen mit Sekundarabschluss sehen für sich keine politische Mitsprachemöglichkeiten, selbst 40 % der Hochschulabsolventen ([19] OECD 2023, T A6.1).

Bitter ist zudem, dass niedere Bildung nicht einmal ausreicht, nicht anfällig für Verschwörungstheorien zu werden. 25 % der Personen mit niederem Abschluss halten die Wahlen nicht für frei und gerecht, das ist 5 -mal so häufig wie bei Akademikern. Selbst bei gehobenem Abschluss sind gut 10 % nicht von der Freiheit und Gleichheit der Wahlen überzeugt! ([19] 2023 T AQ6.1).

Noch krasser verraten diese Personen ihre Interessen, wenn sie zu Wählern von Parteien werden, die unter dem Verdacht der Verfassungsfeindlichkeit stehen. Denn diese Parteien wenden sich zwar an die Bildungsschwachen, positionieren sich aber für größere wirtschaftliche und gesellschaftliche Ungleichheit.

Das Ergebnis ist eindeutig: Kürzere Bildung reicht nicht mehr aus. Sie kommt nicht aus gegenüber steigenden beruflichen Anforderungen, sie genügt nicht für individuelles Wohlergehen und gesellschaftliche Integration, sie verrät ihre politischen Interessen.

Um der Demokratie willen müssen wir zu einer umfassenderen und längeren Bildung für grundsätzlich alle kommen. So nötig sie ist, so klar ist auch: Nur schrittweise ist sie zu erreichen.

4. Längere Bildung für alle ist unumgänglich

4.1 Die Schwächen des Bildungsgefälles sind keine nationalen, es sind globale

Die Auswirkungen geringer Bildungszeit sind erschütternd. Sie treten nicht zufällig auf, sind kein Sonderfall Deutschlands, sie zeigen sich OECD -weit, global:

- in allen Ländern, in denen die Europäischen Sozialstudie (ESS) und der International Social Survey Programm (ISSP) 7;14] diese Daten erhoben haben,
- in allen Bereichen:
 - beim Arbeitsmarkt: Erwerbslosigkeit, Einkommen, Aufstieg
 - bei Gesundheit, Lebenserwartung, gesellschaftlicher Teilhabe

- bei der Politik: Desinteresse, Beteiligungsschwäche, Verschwörung.

Die Durchgängigkeit zeigt: die Ursache der Diskriminierung ist nicht vorrangig die Struktur des Bildungswesens, vielmehr sind es die Unterschiede des Bildungsstatus.

4.2 Die Diskriminierung durch den Bildungsstatus ist dramatisch

So ist die Diskriminierung auf Deutschland bezogen:

- Ein Ausbildungsloser hat in den meisten Bundesländern nur 9 Jahre die Schule besucht. Gegenüber einem Hochschulabsolventen fehlen ihm zumeist mindestens 6 und häufig deutlich mehr Bildungsjahre.
- Ein Ausgebildeter/Abiturient hat zumeist 12/13 -Bildungsjahre; gegenüber einem Akademiker hat er eine zumindest um 3 Jahre verkürzte Ausbildung.

Dieser zeitliche, vertikale Unterschied ist die stärkste Bildungsdiskriminierung, sie wirkt sich stärker aus als die horizontale Selektion.

4.3 Hohe Qualifikation ist grundsätzlich für alle möglich

Mit der bestehenden Bildungsdiskriminierung erfüllt der Staat nicht seinen umfassenden Bildungsauftrag; denn dieser soll

- den künftigen Bedarf der Wirtschaft decken,
- die demokratische Grundordnung stabilisieren,
- der Jugend ein menschenwürdiges Leben ermöglichen.

Weder der Sekundarabschluss I noch der Sekundarabschluss II schaffen den umfassenden Bildungsauftrag. Langfristig brauchen wir die tertiäre Bildung für alle.

4.4 Bildung überwindet den Pessimismus, überwindet dessen Grenzen

Aus historischer Sicht ist der jetzige mangelhafte Ausbau unbegreiflich: er widerspricht zutiefst den zurückliegenden Vorstellungen des Ausbildungsbedarfes, der Begabungsfähigkeit der Jugendlichen und einer qualitativen Ausbildungsfähigkeit der Hochschulen.

Aus Sicht der Vergangenheit zerrüttet ein höherer Hochschulzugang Gesellschaft und Staat. So warnte schon Wilhelm II im Jahre 1890 vor einem akademischen Proletariat - und das bei einer Studierquote von ca. 1 %.

Mitte der 50er Jahre lag die Studienanfängerquote noch bei 5 %, sie galt als zu hoch; inzwischen beträgt sie das Zehnfache: 54 %.

Zwar besteht Arbeitslosigkeit auch bei Akademikern; doch seit Generationen lag sie stetig unter der von Facharbeitern, selbst in der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre. Jetzt - erstmals bei der erheblichen Verunsicherung durch politische, wirtschaftliche, finanzielle und soziale Polykrisen einschließlich einer KI -Revolution - hat die Erwerbslosigkeit der Akademiker mit 3 % die der Facharbeiter erreicht.

Nach all dem Zukunftspessimismus müsste das deutsche Hochschulniveau niveaulos sein. Doch nach dem abgrundtiefen Fall durch den Nationalsozialismus hat die deutsche Hochschule wieder beachtliches Ansehen. Trotz historisch gesehen massiver Ausweitung erreicht Deutschland beim Ranking des QS Higher Education System Strength Modells den Platz 4, beim Ranking des Universitas 21 (U21) Modells den Rang 7 -9 - jeweils unter 50 bei der Forschung führenden Staaten.

Doch Deutschland darf sich mit dem jetzigen Status nicht zufrieden geben - zu stark sind die Herausforderungen, zu bitter die Diskriminierung derjenigen, die nur einen Sekundarabschluss II erreichen und vor allem derjenigen, die ohne Sekundarabschluss II verblieben sind. Beim Überwinden des niederen Bildungsstatus ist Deutschland innerhalb der OECD abgehängt; Deutschland gehört zur Nachhut – trotz der Bildungsexplosion. Innerhalb der OECD mit 38 Mitgliedern hat Deutschland überdurchschnittlich (Median) mehr Absolventen nur mit einem Sekundarabschluss II und erst recht mehr Abgänger ohne Sekundarabschluss II.

4.5 Ein Sekundarabschluss II für alle ist auch in Deutschland realisierbar

Ein Sekundarabschluss II für jeden erscheint in Deutschland unreal. Zu oft haben Bundes- wie Landesregierungen alle Schulabgänger wenigstens zu einem Sekundarabschluss I führen wollen, wie oft versprochen sie auch einen Ausbildungsplatz für möglichst jeden.

Doch trotz aller Versprechungen haben 15 % aller 25 -34 -Jährigen in Deutschland keinen Sekundarabschluss II erhalten. Der Prozentsatz ist seit einem Jahrzehnt nicht gesunken, er ist vielmehr von 13 % im Jahre 2015 auf jetzt 15 % angestiegen – und das trotz mehrerer Programme auf Bundes- wie auf Landesebenen.

Das bisherige Versagen Deutschlands führen viele auf Zuwanderung zurück. Doch das ist nicht die Hauptursache. Hauptursache ist

- eine trotz der NS-Zeit nicht aufgearbeiteten Begabungsideologie,
- eine pädagogisch unzureichende Lehrerbildung und
- eine Selektion von sozial- und leistungsbenachteiligten Schülern, wie z. B. eine Stigmatisierung von ihnen und ihrer Schulen (Förderschule; Hauptschule).

Doch ein Sekundarabschluss II - nicht nur Sekundarabschluss I - für jeden ist möglich, das zeigen andere Länder:

1. Deutschland liegt beim Bruttoinlandprodukt mit Rang 14 deutlich über dem Durchschnitt der 38 -OECD -Länder, bei der Quote ohne Sekundarabschluss II fällt Deutschland abgeschlagen auf Platz 29. Trotz Deutschlands Wirtschaftsstärke gehört es bei den Abgängern ohne Sekundarabschluss II zum schwächsten Viertel der OECD.
2. In Deutschland ist die Abbrecherquote von 2019 bis 2024 gestiegen, im OECD -Durchschnitt dagegen von 20 % (2009) über 15 % (2019) auf 13 % (2024) gefallen. Die OECD kommt mit der Reduzierung der Abbruchquoten voran.
3. Selbst die völlige Überwindung von Abgängern ohne Abschluss ist möglich, bei führenden Ländern ist sie fast erreicht: Kanada und Polen haben die Abbruchquoten inzwi-

schen auf höchstens 5 % gesenkt. Südkorea hat mit 1 % das Ziel erreicht. Es ist nicht nur führend bei der Breite der Förderung, sondern ebenso beim Leistungsstand. Es geht also zusammen: hoher Leistungsstand und niemanden zurücklassen.

4.6 Auch ein Studium für grundsätzlich alle wird kommen

Ein Studium für grundsätzlich alle klingt utopisch, doch es wird kommen, aber seine Zeit brauchen. Das Studium für alle wird erforderlich - wegen der Wirtschaft, wegen der Demokratie, um der Menschenwürde willen. Der Ausbaustand der Hochschule in Deutschland ist nicht unverrückbar, er schreitet vielmehr voran, hinkt aber erheblich hinter dem OECD -Schnitt zurück. Spitzenreiter sind deutlich weiter und die Entwicklung wird von der EU und der OECD vorangetrieben.

Ein Studium für grundsätzlich alle klingt in Deutschland illusionistisch, haben doch gerade einmal 40 % der 25 -34 -Jährigen einen Hochschulabschluss.

Doch der Hochschulausbau ist erforderlich: Die westlichen Demokratien sind durch die politischen, militärischen, ökonomischen, sozialen und technischen Krisen verunsichert, in vielen europäischen Ländern ist das Vertrauen in ihre Demokratien - trotz unterschiedlicher Parteienfärbung - tief abgesunken, erschüttert. Nur höhere Qualifikation sichert Arbeit, nur intensivere Bildung stabilisiert Vertrauen in die Demokratie.

Ein 40 %iger Akademikeranteil ist kein Fixpunkt, er ist vielmehr im Fluss, er wächst auf. In den letzten 5 Jahren stieg die Quote um ein Fünftel.

Trotz des Anstiegs in jüngster Zeit ist Deutschland OECD -weit stark abgeschlagen. 20 % höher liegt der OECD -Schnitt; fast jeder Zweite hat in der OECD einen Hochschulgrad. Nur 8 der 39 OECD -Länder haben noch geringere Akademikerquoten.

Zugleich steigen die Hochschulabschlussquoten von Jahrfünft zu Jahrfünft OECD -weit spürbar an, noch im Jahre 2000 betrug sie 26 %.

4.6.1 Deutschland wird von Spitzenreitern deklassiert

In 3 OECD -Staaten sind 2/3 aller 25 -34 -Jährigen Akademiker, in Irland, Japan und Kanada und in Südkorea sind es über 70 %. Der Hochschulabschluss für fast alle rückt näher.

Die Länder mit hohen Hochschulabschlussquoten sind zugleich Länder mit hohen PISA -Leistungswerten. Hohe Akademikerquoten bedeuten gerade nicht, das Leistungsniveau abzusenken.

Die Entwicklung bis dahin wird dauern, aber sie wird kommen: Der Hochschulbesuch wird künftig eher forciert zunehmen. In den letzten Jahrzehnten ist der Studentenanstieg trotz der Warnung vieler Wirtschaftsverbände und politischer Parteien vor allem auf Grund der Bildungsinteressen der jungen Leute und ihrer Eltern angestiegen. Wegen des starken nationalen wirtschaftlichen Wettbewerbs kommen jetzt sehr starke Impulse der EU und der OECD hinzu.

Die EU macht sich im Jahre 2025 für höhere Qualifikation stark; sie hat

- die Initiative „Union of Skills“ ausgerufen,
- den Leitfaden „Wettbewerbskompass“ 2025 herausgegeben und
- dringend zu Qualifizierungs-Offensiven in sechs strategischen Schlüsselbranchen aufgerufen.

Die OECD hat ebenfalls im Jahre 2025 herausgegeben:

- „OECD Skills Outlook 2025“ sowie
- „Empowering the Workforce in a Skills -First Approach“

Mit den Umbrüchen im Politik -, Wirtschafts - und Technikbereich sowie dem Druck übernationaler Gremien wird sich der Ausbau des Hochschulsystems beschleunigen.

5. Die bildungspolitische Nachhut Deutschlands schrittweise überwinden

Deutschland ist aus wirtschaftlichen, demokratischen und humanen Gründen gefordert, die bildungspolitische Nachhutposition zu überwinden. Ansonsten besteht die Gefahr, dass Deutschland als Stabilitätsanker abgehängt wird.

Die noch überdurchschnittlich starken niederen Bildungsstatus beruhen auf zwei Elementen:

- Einer krassen biologistisch geprägten Begabungsideologie (Leo, S. 406 ff.) sowie
- stark separierter Bildungsstrukturen.

Bezogen auf die Bildungsstrukturen ist Deutschland neben Österreich das einzige OECD -Land, das die 10 -Jährigen größtenteils schon in separate Bildungsgänge (Schulformen) eingruppiert und sie damit in ihrer Begabung wie Leistungsfähigkeit stigmatisiert.

Diese Separierung der Schülerinnen und Schüler war ursprünglich in Deutschland fast nicht korrigierbar. Jeder Bildungsgang hatte seinen eigenen, abgestuften Bildungsabschluss fast ohne Aufstiegschancen. Diese Sackgassen sind poröser geworden, doch sie diskriminieren weiterhin erheblich.

Die zentralen Reformschritte sind:

- Die Exklusion in gesonderte Bildungsgänge (Schulformen) aufheben und
- die Sackgassen innerhalb und gegenüber der folgenden Bildungsstufe überwinden. Dabei sollte jeder Bildungsgang möglichst zu jedem Abschluss der jeweiligen Bildungsstufe führen.

Die Reformen jeder Bildungsstufe sind von den Reformen anderer Stufen unabhängig und sollten sich nicht von vorausgehenden Reformen anderer Stufen abhängig machen.

5.1 Die Diskriminierungen der Sekundarstufe I schrittweise aufheben

Die Sekundarstufe I diskriminiert durch separierte Bildungsgänge und -abschlüsse.

Die Sekundarstufe I ist aufgespalten in 4 traditionelle Schulformen: Förderschule, Haupt - oder Mittelschule, Realschule und Gymnasium sowie in Schulen mit 2 sowie 3 Bildungsgängen (Gemeinschaftsschule).

Die Abschlussverteilung lautet:

- 8 % verlassen die Sekundarstufe I ohne Abschluss, davon kommen knapp 40 % aus der Förderschule,
- 17 % mit dem 1. Schulabschluss (Haupt - bzw. Mittelschulabschluss)
- 44 % mit dem Mittleren Abschluss (Realschulabschluss),
- 30 % werden in die Oberstufe versetzt.

Erste Reformschritte sollten sein:

- Jede Schule sollte alle Schülerinnen und Schüler mindestens bis zum 1. Schulabschluss führen - auch mit verlängertem Schulbesuch. Das gilt besonders für die noch vorhandenen Förderschulen.
- Jede Schule sollte an der eigenen Schule - notfalls im Verbund mit einer anderen Schule - auch den Mittleren Abschluss einschließlich der Oberstufenberechtigung verleihen können.
- Die Förderschule sollten gemäß der vom Bundestag beschlossenen UN -Behindertenrechtskonvention zugunsten der Inklusion auslaufen.
- Haupt bzw. Mittel- wie Realschulen sollten zugunsten von Gemeinschaftsschulen aufgehoben werden; mindestens sollten den Haupt - wie Realschulen angeboten werden, sich in Gemeinschaftsschulen umzuwandeln.

5.2 Schrittweise das Schisma der Sekundarstufe II beseitigen

Die Sekundarstufe II ist historisch keine Stufe, sondern es bestand ein Schisma: die absolute Trennung der Berufsausbildung von der Allgemeinbildung: getrennte Zuständigkeit, keine Gleichstellung, keine Anerkennung, keine Durchlässigkeit.

Inzwischen bestehen Annäherungen und Verbindungen:

- Staatlicherseits sind überwiegend die Bildungsverwaltungen von Bund und Ländern auch für die duale Berufsausbildung zuständig.
- Es besteht eine schulische Berufsausbildung (Berufsfach - wie Fachschulen); sie ist inzwischen halb so stark wie die duale Ausbildung und damit zu einer Säule der Berufsausbildung geworden.
- Es gibt ein von der Bildungsverwaltung finanziertes und verantwortetes, stark ausgebauten Übergangssystem zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit, dessen Effektivität sehr fraglich ist (Lohmann [18]).
- Es existieren berufsbezogene Schulformen wie die Fachoberschule und das berufliche Gymnasium, die zur Hochschulreife führen.
- Die schulische wie die duale Berufsausbildung können unter landesspezifischen, zumeist sehr restriktiven Auflagen den Hochschulzugang vermitteln.

In dem Schisma zwischen Berufs - und Allgemeinbildung gibt es inzwischen erste Verbindungen. Doch noch ist es in Deutschland Schönfärberei, die „Sekundarstufe II“ als Stufe zu bezeichnen - im Gegensatz zur Mehrzahl der OECD -Länder.

Die Weiterentwicklung der Sekundarstufe II ist dringend. Nächste Schritte sollten sein:

- Eine Überwindung des Übergangsbereiches, stattdessen ein Recht auf Ausbildung: Schulentlassenen, die keinen Ausbildungsplatz erhalten, sollte eine schulische Berufsausbildung wie in Hamburg angeboten werden; werden diese Jugendlichen während der Ausbildung nicht von einem Betrieb übernommen, soll sie die Schule zum Kammerabschluss führen (Lohmann[18])
- Gleichstellung der Berufsausbildung mit dem Abitur: Eine dreijährige Berufsausbildung sollte unmittelbar nach dem Abschluss zum Besuch einer Fachschule sowie einer Hochschule berechtigen.
- Die Quote an Nicht -Abiturienten bei den Studierenden ist deutlich nach dem Vorbild von Thüringen und Hamburg anzuheben.
- Fachschulen sollten um hochschulische Studiengänge erweitert werden, die zum universitären Bachelor und Master führen.
- Berufsschulen sollten zu Berufshochschulen wie in Hamburg aufgestuft werden (Lohmann [18]).

Literatur

1. Bachmann, R. u.a., .: Technologischer Wandel und Löhne, IAB- -KURZBERICHT 1 | 2026
2. Brynjolfsson, Erik: uropa, Der CEO wird zum Chief Question Officer, HB 29.4.26
3. DIHK -Fachkräftereport <https://www.dihk.de/resource/blob/159714/0ae2cf7cc1789688edf318a7655ad5d4/dihk-fachkraeftereport-2025-2026-data.pdf>; 11.6.26
4. Dittrich, J.: Ist das Handwerk zu macho? Zeit 2026 19, / sS. 9
5. DIW- -Wochenbericht, ; Demografie und strukturelle Missstände: Die Faktoren hinter dem Erfolg der AfD bei der Europawahl 2024, 20/2024
6. EIU's 2024 Democracy Index: trend of global democratic decline and strengthening authoritarianism continues through 2024
7. ESS European Social Surveys <https://ess.sikt.no/en/series/321b06ad-1b98-4b7d-93ad-ca8a24e8788a>; 11.6.26
8. Finanzkommission Gesundheit: https://www.bundesgesundheitsministerium.de/fileadmin/Dateien/3_Downloads/F/FinanzKommission_Gesundheit/Finanz-KommissionGesundheit_Erster_Bericht_20260330.pdf; 11.6.26
9. FOCUS- -online- -Redaktion, : Die AfD ist längst keine Protestwahl mehr, 22.03.2026, 23:23
10. Fuchs, J. u.a., .: Demografische Entwicklung lässt das Arbeitskräfteangebot stark schrumpfen., IAB 25 | 2021

11. Grigoriev, O.: Sozioökonomische OZIOÖKONOMISCHE UNTER SCHIEDE Unterschiede I- inN DER der STERBLICHKEIT Sterblichkeit IN in DEUTSCHLAND Deutschland. Statistisches Bundesamt | WISTA | 4 | 2025
12. Habermas, Jürgen.: Faktizität und Geltung, Berlin 1992
13. Heinrich, R.H.: AfD- -Wähler: Herkunft, Profil und Motivation. Infratest dimap, Marktforschung, 16.02.2024
14. ISSP International Social Surveys Programme <https://www.gesis.org/en/issp/data-and-documentation/social-inequality/2019>; 11.6.26
15. IWW: KI verändert Jobprofile, – nicht Beschäftigung., News 26.01.2026
16. Jarausch, K.H.: Transformation of Higher Learning, 1860–1930., Chicago 1983
17. Kroll, L.E.; Lampert, T.: Soziale Unterschiede in der Lebenserwartung - - Möglichkeiten auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels Möglichkeiten auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels. 112 SOEP papers on Multidisciplinary Panel Data Research Berlin, 2008; https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.86170.de/soep08_full_kroll_lampert.pdf; 11.6.26
18. Lohmann, J., .: Oberstufe wie Studium für möglichst alle, . zwd digitalpolitmagazin; <https://www.zwd.info/oberstufe-wie-studium-fuer-moeglichst-alle.html>; 11.06.2026
19. OECD, Bildung auf einen Blick, 2015- -2025.
 Für 2025: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2025/09/education-at-a-glance-2025_c58fc9ae/9783763979257.pdf;
 Für 2024: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2024/09/education-at-a-glance-2024_5ea68448/e7565ada-de.pdf;
 Für 2023: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2023/09/education-at-a-glance-2023_581c9602/34087b82-de.pdf
 Für 2022: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2022/10/education-at-a-glance-2022_4aad242c/dd19b10a-de.pdf;
 Für 2021: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2021/09/education-at-a-glance-2021_dd45f55e/6001821ow.pdf
 Für 2020: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2020/09/education-at-a-glance-2020_19b01e87/6001821nw.pdf;
 Für 2019: https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2019/09/education-at-a-glance-2019_892e172e/6001821mw.pdf; alle 11.6.26
20. Schmitz, L., Ganztagschulen fördern die Entwicklung sozialer Fähigkeiten von Grundschüler*innen, DIW- -Wochenbericht 48, / 2022, S. 635- -642
21. WEF: The Future of Jobs Report 2025; <https://reports.weforum.org/docs/WEF-Future-of-Jobs-Report-2025.pdf>; 11.6.2026
22. wr Wissenschaftsrat, Empfehlungen zu hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitswesen Drs. 2411- -12 Berlin 2012; <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2411-12.pdf?blob=publicationFile&v=5>; 11.6.26
23. wr Wissenschaftsrat, HQGplus- -Studie zu Hochschulischen Qualifikationen für das Gesundheitssystem – Update, Köln 2022; <https://www.wissenschaftsrat.de/download/2022/9541-22.pdf?blob=publicationFile&v=18>; 11.6.26

24. Zierer, K.: Es ist nicht die Aufgabe der Schule, Chancengleichheit zu schaffen., SZ 13. 9. 2024